
Die Wirtschaftsnot des deutschen Ostens

Rede

gehalten beim Antritt des Rektorates
der Vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg
am 12. Juli 1930

von

Gustav Aubin



Max Niemeyer Verlag

Halle (Saale)

1930

B 9309e

Hochansehnliche Festversammlung!
Verehrte Herren Kollegen!
Liebe Kommilitonen!

Im Westen des Reiches wehen die Fahnen. Zusammen mit dem ganzen deutschen Volke feiert das Rheinland die Befreiung der Westmark von der Last einer fremden Besatzung, die fast 12 Jahre auf ihr gelegen hat. Ein Strahl der Freude in einer kargen, sorgenbeschwerten Gegenwart, ein kurzes Aufatmen vor dem Herantreten an neue Aufgaben der Sicherung unseres staatlichen und nationalen Seins. Das Zurückweichen der Sorge um die Westmark läßt die bisher durch jene oft allzusehr verhüllte Not der deutschen Ostmark um so deutlicher hervortreten. Gerade in unserem wohlbefriedeten Mitteldeutschland, das räumlich den beiden Grenzmarken gleich nah, innerlich — gestehen wir es offen — gleich fern steht, mag in dieser Stunde eine Besinnung auf das not tun, was diese Probleme der Ostmark in sich und für uns bedeuten. Wenn der Sozialökonom dabei vorwiegend die wirtschaftlichen Gesichtspunkte in den Vordergrund rückt, so mag man das seiner fachlichen Einstellung zugute halten, wird dafür aber auch einen sachlichen Gesichtspunkt anführen dürfen: Nirgends so wie in der Geschichte und Gegenwart des deutschen Ostens eröffnet sich dem Betrachter der tiefe Sinn des Wortes „Wirtschaft ist Schicksal“ und auf dem Felde der Wirtschaft werden die großen Schlachten um die Sicherung unserer staatlichen und nationalen Ostgrenze geschlagen werden müssen.

Denn das ist der tiefgehende Unterschied zwischen der Sorge um die deutsche Westmark und die deutsche Ostmark: Im Westen konnten uns wohl für eine Zeit Teile des Reiches entrissen und einer fremden Herrschaft unterstellt werden.

Sie blieben dabei immer noch deutscher Volksboden, dessen Grenze gegenüber den westlichen Anrainern seit Jahrhunderten feststand, da diesen Völkern seit langem die Fähigkeit nationaler Expansion verloren gegangen war. Gegenüber einer politischen Expansion aber, wie sie das Auf und Ab der Macht und vor allem die politische Gruppierung der europäischen Staaten herbeiführen konnte und wiederholt herbeigeführt hat, gab dieses geschlossene, in seinen Grenzen befestigte Volkstum immer wieder die moralische und auch die politische Plattform, von der aus ein dauerndes Vordringen der westlichen Nachbarn an den Rhein abgewiesen werden konnte.

Anders im Osten. Hier fehlt in starkem Maße gerade das, was uns in einem Kampfe um die deutsche Westmark auf lange Sicht betrachtet, immer wieder die Hoffnung auf den Endsieg gab: das geschlossene, in seinen Grenzen gesicherte Volkstum. In dem weiträumigen Osten, der ohne feste natürliche Grenzen allmählich in die Ebenen Polens und Rußlands übergeht, sind die Bewegungen der Völker noch nicht zum Stillstand gekommen, eng ineinander verzahnt und vielfach durcheinander gemischt, stehen sich Deutsche und Slaven im Kampfe um den Boden gegenüber. Angriff und Verteidigung haben im Laufe der Jahrhunderte gewechselt, aber schon vor dem Kriege war hier das Deutschtum in die Verteidigung gedrängt. Das mochte eben noch als tragbar erscheinen, solange die politische Macht eines starken deutschen Reiches seine Ostgrenze schützte und damit die freilich immer unsicherer werdende Hoffnung aufrecht erhielt, die slavischen Volksteile innerhalb dieser Grenzen zwar nicht für die deutsche Nationalität, aber wenigstens für die deutsche Kultur zu gewinnen. Die Zerschlagung dieser Macht hat die Grenzen verändert. Auf Grund des Nationalitätenprinzips und seiner einseitigen Anwendung im Sinne des nationalen Gegners entstand eine neue Grenzlinie, die zwar lebenswichtige Teile aus dem deutschen Volks- und Wirtschaftskörper herauschnitt, aber trotzdem keinen Dauerzustand zu schaffen vermag. Einmal deswegen, weil jene Willkürlichkeiten immer wieder nach Wiedergutmachung rufen, mehr aber noch, weil trotz der neuen Grenzen und von ihnen nur schwach gehemmt, der Kampf der Völker um den ostdeutschen Boden weiter-

geht und weitergehen wird. Mehr als je erwächst uns heute die Aufgabe, die deutsche Ostgrenze zu halten und zu festigen. †

Als das deutsche Volk im Hochmittelalter daran ging, das zum überwiegenden Teile schon einmal von ihm in Besitz gehaltene Land östlich der Saale und Elbe wieder zu gewinnen, hat sich diese Bewegung, je weiter sie nach dem Osten fortschritt, räumlich gesehen, an zwei Leitlinien vollzogen, die sich immer mehr voneinander entfernten. Im Süden des Gebietes folgten die Scharen der Einwanderer dem Zuge der sudetischen Gebirge und besetzten dabei die fruchtbaren Landstriche um die obere Oder. Im Norden folgten sie der Ostseeküste und nahmen deren Hinterland in Besitz. Zwischen diesen beiden Streifen aber, in der Höhe der mittleren Oder, versperrte eine Zone von Sumpf und Bruchland den direkten Weg vom Westen her. Hinter diesem Grenzwall hielt sich, wenn auch schon mit deutschen ländlichen und städtischen Siedelungen untermischt, das polnische Volkstum in geschlossenen Massen und eigener Staatlichkeit. Von hier aus dehnte es seine Stellung aus, als von der Mitte des 14. Jahrhunderts angefangen in zeitlichem Zusammentreffen der Strom der deutschen Einwanderer allmählich versiegte und zugleich die Herrschaft der letzten polnischen Piasten wie die Vereinigung Polens mit Litauen unter dem ersten Jagellonen eine Neubelebung der staatlichen und nationalen Macht des Polentums herbeiführte. Deutsche Zwietracht eröffnete den Polen im Weichseltale den Zugang zur Ostsee, schnitt damit den östlichen Teil des Ordenslandes von dem deutschen Mutterlande ab und setzte den westlichen einer weitgehenden Polonisierung aus. Auch im Posenschen Gebiete sind in der Folgezeit viele deutsche Siedlungen dem Deutschtum verloren gegangen, und zwar um so sicherer, je mehr sie das gleiche religiöse Bekenntnis mit dem Polentum verband. Manche protestantische Elemente hingegen hat im 17. und 18. Jahrhundert der immer härter werdende Glaubensdruck zur Auswanderung in die benachbarten hohenzollernschen Länder geführt und so dem Deutschtum erhalten.

Damit hatten diese Rückwanderer den Anschluß an die Macht gefunden, deren staatliche Ausdehnung nach dem Osten für die Zukunft auch die Geschicke des deutschen Volkstums in diesen Gegenden bestimmen sollte. Mit dem Erwerb von Ostpreußen und Pommern setzte sich Brandenburg an der Ostseeküste fest, in drei großen Kriegen gewann und behauptete es seine Herrschaft in Schlesien. Die zweite Teilung Polens krönte das Werk. Die neuen Erwerbungen, Westpreußen und Posen, schufen eine feste Verbindung zwischen Pommern und Ostpreußen sowie zwischen dem südlichen und nördlichen Streifen des alten deutschen Siedlungsgebietes.

Nicht jede dieser politischen Erwerbungen war zugleich auch national gesicherter Besitz. In den westpreußischen Gebieten blieben trotz der Heranführung deutscher Kolonisten unter Friedrich dem Großen nicht unerhebliche slavische Bevölkerungsbestandteile bestehen, mehr noch im Posener Gebiet, wo der preußische Staat die ersten drei Viertel des 19. Jahrhunderts für eine systematische Verstärkung des Deutschtums fast ungenutzt verstreichen ließ. Wenn das Deutschtum hier trotzdem bis in die 60er Jahre hinein, bei manchen Verlusten im einzelnen, im ganzen doch im Vordringen war, so verdankte es das mehr seinem Gewicht als Staatsnation und als Träger einer höheren, insbesondere auch bürgerlichen Kultur.

Es ist vor allem das Entstehen einer dem polnischen Sozialkörper bisher fehlenden bürgerlichen Mittelschicht gewesen, das vom Ende der 60er Jahre angefangen, die nationalen Ziele der Polen von einem unfruchtbaren Hoffen auf die baldige Wiederherstellung des eigenen Staates zur nüchternen nationalen Kleinarbeit innerhalb der nun einmal gegebenen staatlichen Umwelt führte und ihnen damit einen festumrissenen Inhalt gab. Die Bismarckische Kulturkampfpolitik, die in jedem Polen das nationale und religiöse Gefühl untrennbar zusammenschweißte und gegen Deutschland wandte, tat ein übriges, um die Kluft zwischen Polentum und Deutschtum zu vertiefen. So wurden die Deutschen in die Defensive gedrängt, so gingen, parallel mit ihrer wirtschaftlichen Erstarkung, die Polen zum Angriff auf den deutschen Boden vor. Ihr Vordringen in Stadt und Land schien Bismarck so bedeutungsvoll, daß er sich seit 1886 zu systematischer Verstärkung des

Deutschtums in den bedrängten Provinzen Posen und Westpreußen entschloß. Das ist in einem gewissen Umfang gelungen, die Ersetzung des deutschen, aber mit polnischen Arbeitern wirtschaftenden Großbesitzes durch deutsche Bauernsiedelungen hat namentlich dort, wo diese neuen Dörfer eng beieinander lagen, eine Befestigung des Deutschtums auf dem Land und in den kleinen Städten gebracht. Aber es ließ sich doch nicht verhindern, daß die Polen mit einer vorbildlich gewordenen Kreditorganisation zuerst ihren wankenden Grundbesitz befestigten und dann darüber hinaus ihren nationalen Besitzstand bis zum Ausbruch des Weltkrieges um rund 120 000 ha auf Kosten des deutschen vergrößerten. Menschen zur Besiedelung dieser Fläche standen ihnen aus einem schier unerschöpflichen Reservoir zur Verfügung.

Denn das polnische Volk gehört in demographischer Richtung der osteuropäischen Völkergruppe an, deren Geburtenziffern in Auswirkung rassischer, konfessioneller und sozialer Momente immer ein gutes Stück über denen ihrer westlichen Nachbarn gelegen haben. Sie hat zudem den Absturz der Geburtenziffern, wie ihn die Nachkriegszeit für die west- und mitteleuropäischen Völker gebracht hat, nur in geringem Maße nachgeahmt. Gewiß entspricht der geringeren Kulturhöhe und der größeren Geburtenhäufigkeit unter den Polen eine größere Sterblichkeit, namentlich im Säuglingsalter, aber die zunehmende Zivilisation setzt auch die polnischen Sterbeziffern herab, und heute schon liegt das Verhältnis im Wachstum der beiden Völker so, daß Polen mit seinen 30 Millionen Einwohnern die absoluten Zuwachsziffern des 63 Millionen zählenden deutschen Volkes um rund 30 000 pro Jahr übertrifft.

Natürlich weichen die Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen von den Durchschnittszahlen für den ganzen Staat oft erheblich ab. Gerade die ostdeutschen Gebiete, die Provinzen Ostpreußen, Grenzmark und Oberschlesien, die Regierungsbezirke Breslau und Köslin weisen Geburtenfrequenzen auf, die ganz wesentlich über dem Reichsdurchschnitt liegen und jene Gegenden dadurch als Menschenreservoir für ganz Deutschland bedeutungsvoll machen. Aber auch hier zeigt sich in Stadt und Land in steigendem Maße die Tendenz zur Geburtensenkung, und absolut betrachtet

reichen selbst diese Zahlen nicht an die entsprechenden der angrenzenden polnischen Gebiete heran.

T Dazu kommt nun eine weitere verhängnisvolle Tatsache, die den Bevölkerungsdruck, den Polen auf unsere Ostgrenze ausübt, verstärkt. Die deutschen Ostprovinzen vermögen ihren natürlichen Bevölkerungszuwachs nicht zu halten, sondern geben davon seit Jahrzehnten an die Mitte und den Westen von Deutschland ab. Das ist bis zu einem gewissen Grade für ein Gebiet vorwiegend landwirtschaftlicher Struktur und deshalb begrenzter Bevölkerungskapazität eine natürliche Erscheinung. Was sie zu einer ungewöhnlichen und bedrohlichen macht, ist der Umfang, in dem sie auftritt. Greifen wir zur Verdeutlichung des Umfanges dieser Wanderungen aus dem überreichen statistischen Material nur die Zahlen für Ostpreußen heraus, so sehen wir, daß im Zeitraume von 1840—1870 29 000 Menschen die Provinz verlassen haben. Von 1871—1910 waren es über 700 000. Von 1910—1925 hat das Land trotz einer nicht unerheblichen Rückwanderung 112 000 Menschen verloren, und seitdem wandern Jahr für Jahr wieder über 20 000 ab. Das ist eine Wanderungsbewegung, die nicht nur Verlust an Bevölkerungszuwachs bedeutet, sondern Verlust an der Bevölkerungssubstanz. Schon im Jahre 1905 wiesen eine ganze Reihe von ostpreußischen Kreisen eine geringere Bevölkerungszahl wie im Jahre 1871 auf. Gleiches und ähnliches gilt für Pommern, gilt für die Neumark, für Niederschlesien, hier vornehmlich aber nicht ausschließlich für die Kreise auf dem rechten Oderufer.

Das hat nun zur Folge, daß die ostdeutschen Provinzen mit Ausnahme des industrialisierten Oberschlesien in ihrer Bevölkerungsdichte erheblich hinter dem preußischen Durchschnitt von 130 Menschen auf den Quadratkilometer zurückbleiben, daß Niederschlesien nur 118, Pommern 62, Ostpreußen 61, die Provinz Grenzmark gar nur 43 Menschen auf der gleichen Fläche beherbergt. Ja, daß es Gutsbezirke mit 10, 8, selbst 6 Menschen auf den Quadratkilometer gibt. Damit bleiben alle diese Provinzen, mit Ausnahme von Niederschlesien, auch hinter der Durchschnittszahl für Polen, die 1925 um 75 gelegen hat, zurück. Wobei noch zu bemerken ist, daß die polnische Bevölkerung im Westen ihres Staates im ganzen

dichter sitzt wie im Osten. Nur gegenüber dem dünn besiedelten Litauen liegen die demographischen Verhältnisse für Deutschland günstiger.

Den einzelnen Gründen dieser seit Jahrzehnten anhaltenden Landflucht nachzugehen, ist hier nicht der Ort. Handelt es sich doch um ein fast unentwirrbares Knäuel von Ursachen, in denen geographische und historische, wirtschaftliche und soziale, allgemeine und lokale Momente eine nach der Lage des einzelnen Falles wechselnde Rolle spielen. Nur eines dieser Momente sei hier herausgegriffen. Einmal, weil es an sich bedeutungsvoll genug ist, dann aber auch, weil sich an seine Erkenntnis Maßnahmen zur Bekämpfung der Landflucht angeschlossen haben, die auch in der Zukunft eine wichtige Rolle spielen werden. Das ist die unglückliche landwirtschaftliche Besitzverteilung, konkreter gesprochen, das Überwiegen der Großbetriebe in vielen Kreisen des Ostens, in denen sie über die Hälfte der Fläche, ja bis zu 80 % derselben bedecken. Dieses Überwiegen der Großbetriebe ist wenigstens für die alten preußischen Provinzen erst eine Entwicklungserscheinung des 19. Jahrhunderts und eine Folge der Tatsache, daß die vom Freiherrn von Stein ganz anders gedachte Bauernbefreiung in der Reaktionsperiode nach 1815 zugunsten und zum Vorteil des Großbesitzes umgebogen worden ist. So verlor das selbständige Bauerntum einen großen Teil seines Bodens, so entstand neben den vergrößerten Rittergütern eine zahlreiche Klasse unselbständiger Landarbeiter. Diese vornehmlich sind es gewesen, die sich nach 1871 in wachsendem Umfange vom heimatlichen Boden lösten und in die Industriereviere sowie die großen Städte abströmten, wenn sie nicht gleich die Auswanderung über See vorzogen. Das Bestreben der Großbetriebe, für die mangelnden heimischen deutschen Arbeitskräfte Arbeiter aus den dichter besiedelten polnischen Teilen Preußens oder gar russisch-polnische Wanderarbeiter heranzuziehen — von denen in den Jahren vor dem Kriege jährlich eine halbe Million importiert wurde —, hat zwar die Bewirtschaftung der Großgüter aufrecht erhalten, aber dafür die deutschen Arbeiter erst recht aus dem Lande vertrieben. Zudem entstand dadurch auch in bisher rein deutschen Gegenden die Gefahr einer Unterwanderung der deutschen

Bevölkerung durch polnische Elemente. Sie hat sich vor dem Kriege schon bis an die Oder und stellenweise selbst darüber hinaus bemerkbar gemacht.

Wir haben schon gehört, daß der preußische Staat seit 1886 versucht hat, durch die Ansetzung deutscher Bauern den bevölkerungspolitischen und nationalen Gefahren zu begegnen, die seinen östlichen Provinzen aus den geschilderten Umständen erwachsen. Bis zum Weltkrieg hat in einer ein wenig schwerfällig-bürokratischen aber gediegenen Arbeit die staatliche Ansiedlungskommission rund 22000 Familien angesetzt, zu denen mindestens die gleiche Zahl der beweglicher arbeitenden privaten Siedelungsunternehmungen getreten sein mögen. Eine beachtliche Leistung angesichts der Neuheit des zu bewältigenden Problems und doch unbefriedigend gegenüber der Größe der Gefahr und der Fülle von Mitteln, die damals dem Staate zur Verfügung standen. So war es eine Fortführung von schon Begonnenem, als das deutsche Reich angesichts der durch den Ausgang des Weltkrieges so sehr zu seinen Ungunsten veränderten Lage im Osten diese Siedelungsbestrebungen auf einer breiteren Basis wieder aufnahm und durch das Reichssiedelungsgesetz vom 11. August 1919 die rechtlichen Grundlagen schuf, um erhebliche Teile des Großgrundbesitzes in bäuerliche Siedelungen zu überführen. Das angestrebte Ziel ist bis jetzt noch nicht erreicht worden. Die Zeit der Inflation hemmte die Neusiedelung. Als dann im Jahre 1926 der Reichstag einhellig beschloß, durch fünf Jahre hindurch je 50 Millionen RM dem Siedelungswerke zur Verfügung zu stellen, wurde die Verwendung der bereitgestellten Summen zunächst durch leidige Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Reich und Preußen verzögert. Erst in den letzten Jahren hat die Siedelung schärferes Tempo und größeren Umfang angenommen. Aber die von 1919—1928 geschaffenen 35 928 selbständigen Stellen bleiben hinter dem vom Reichssiedelungsgesetz für den Osten geforderten 120 000 noch weit zurück.

Diese Zahlen gewinnen ihre volle Bedeutung aber erst dann, wenn man sie mit denen der gleichzeitigen Agrarreform in Polen vergleicht. Soziale und nationale Gründe haben nach dem Kriege in allen den neugeschaffenen Staaten des Ostens

agrardemokratischen Ideen zum Siege verholfen, die oft in sehr radikaler Weise eine Besitzverschiebung zugunsten des Bauerntumes und auf Kosten des Großgrundbesitzes herbeizuführen bestrebt sind. Polen gehört nicht einmal dem radikalsten Typus dieser Reformstaaten an, hat aber auf legalem und illegalem Wege den größten Teil der seiner Zeit von der preußischen Ansiedelungskommission geschaffenen Siedlerstellen in die Hände von Nationalpolen überführt und hat darüber hinaus ein großzügiges Siedlungswerk in die Wege geleitet. Leider gestatten die von Polen darüber bisher veröffentlichten Zahlen keinen vollen Vergleich mit den deutschen Verhältnissen. Doch genügt zur Kennzeichnung, daß die Zahl der auf dem Wege der Neusiedelung in Polen bis Ende 1927 geschaffenen selbständigen Stellen das zehnfache der in den preußischen Ostprovinzen ausgelegten beträgt und daß das der Siedelung zur Verfügung gestellte Land in Polen die entsprechende deutsche Fläche um das dreifache übertrifft. Von diesen neuen bäuerlichen Stellen der Polen liegt ein erheblicher Teil in den an Deutschland grenzenden Gebieten. Polen verstärkt also ganz bewußt den Bevölkerungsdruck auf die deutschen Grenzen, in der richtigen Erkenntnis, daß ein dichter Wall von Bauerndörfern einen viel stärkeren nationalen Schutz bedeutet, als dünnbesiedelte Landstriche überwiegenden Großbetriebes, zumal wenn dieser noch dazu mit ausländischen Wanderarbeitern zu wirtschaften gezwungen ist.

Die Folgerungen, die Deutschland aus diesem polnischen Vorgehen ziehen sollte, liegen auf der Hand. Es weist gebieterisch auf die rasche und energische Durchführung der bäuerlichen Siedelung auch auf deutscher Seite hin. Gewiß darf man von ihr nicht alles erwarten. Die deutsche Agrarreform hat ganz bewußt und mit guten Gründen geographischer, wirtschaftlicher und kultureller Art von einer völligen Zerschlagung des Großgrundbesitzes abgesehen. Aber eine Siedelung im Sinne des Reichssiedelungsgesetzes, die ein Drittel der in Großbetrieben bewirtschafteten Fläche in die bäuerliche Hand überführen will, bringt wenigstens den Ausgleich der Bevölkerungsdichte zwischen den deutschen und polnischen Gebieten und beseitigt damit die dringendsten Gefahren, die aus dieser Ungleichheit drohen. Daß die Siedelung darüber

hinaus auch eine bedeutungsvolle produktionspolitische Seite hat, wird uns an anderer Stelle noch begegnen.

Gegenüber diesen Gedanken der Siedelung erhebt sich nun ein gewiß nicht leicht zu nehmender Einwand. Was nützt uns die Ansiedelung von Menschen im Osten, wenn dessen wirtschaftliche Verhältnisse so drückend sind, wie Hunderte von Zeugnisse zu beweisen scheinen, wenn, wie die Abwanderungszahlen zeigen, heute noch jährlich Zehntausende von Alteinheimischen das Land verlassen, weil sie daran zweifeln, in ihm ihr Leben fristen zu können. So tritt die Frage nach der wirtschaftlichen Not der Gegenwart im deutschen Osten in aller ihrer Größe in unseren Gesichtskreis.

Ostdeutschland hat im Rahmen des deutschen Wirtschaftslebens immer eine scharf umrissene Stellung eingenommen. Geographische Momente, Bodenbeschaffenheit und Klima sowie die geringe Ausstattung mit mineralischen Schätzen, endlich der Gang der historischen Entwicklung, haben dazu geführt, daß hier die Urproduktion an die erste Stelle gerückt ist. Ostdeutschland war und ist innerhalb Deutschlands der große Nahrungsmittelproduzent, von dessen Überschüssen ein guter Teil der anderen deutschen Landschaften lebt. Damit aber auch ein Land mit relativ geringer Kapitalausstattung und langsamer Kapitalvermehrung. Das Gedeihen der Landwirtschaft bestimmt im Osten das Gedeihen von Handel und Gewerbe, den Stand und das Maß der städtischen Kultur. Abgesehen von bestimmten Industrien der beiden schlesischen Provinzen und einzelnen Unternehmungen namentlich der großen Küstenstädte, die mit einem Teil ihrer Produktion auf den deutschen ja selbst außerdeutschen Markt gehen, hat Gewerbe und Handel hier Richtung und Umfang vornehmlich von den Bedürfnissen des lokalen und provinziellen Marktes vorgeschrieben bekommen, der ihr wichtigstes Absatzgebiet bedeutet. Seit den Dezennien um 1800, da Preußen mit der Erwerbung des Weichsellandes und des Posener Gebietes die schon besprochene territoriale Verbindung zwischen der Ostseeküste und Schlesien hergestellt hatte, hat dieser östliche Länderkomplex sich zu einem größeren Wirtschaftsgebiet mit mannigfachen Austauschbeziehungen entwickelt. Die schlesische Industrie lieferte über Posen hinweg bis nach Ostpreußen,

Ostpreußen wieder gab einen erheblichen Teil seiner landwirtschaftlichen Erzeugnisse den Nachbarprovinzen Westpreußen und Posen zur Weiterveredelung ab. Ein gut entwickeltes Verkehrsnetz unterstützte diesen Ausgleich. So endete das Einzugsgebiet der Ostseehäfen, vor allem Stettins und Danzigs auf deutschem Boden auch erst an der Südostgrenze des Reiches.

Der Versailler Vertrag hat den preußischen Ostprovinzen 28% ihrer Fläche und 31% ihrer Bevölkerung geraubt. Schon diese absoluten Verluste mußten ihre Wirtschaft schwer treffen. Sie wiegen aber um so schwerer, als die erzwungene Landabtretung die wirtschaftliche Einheit, die der deutsche Osten gebildet hatte, wieder zerstörte. Ostpreußen ist isoliert, die verbindende Landbrücke zwischen Schlesien und den Ländern an der Ostsee ist zum größten Teil verloren gegangen. Damit und infolge einer bewußt zu Ungunsten Deutschlands gestalteten Grenzziehung sind auch die hauptsächlichsten Nordsüdverbindungen verloren gegangen. Alle wichtigen Kreuzungspunkte liegen heute auf polnischem Boden, der Verkehr zwischen den noch bei Deutschland verbliebenen Landschaften ist zu großen Umwegen gezwungen. Aber noch mehr: Was einstmals zusammengehörte, ist heute durch hohe Zollmauern voneinander geschieden und begegnet sich mit seinen wichtigsten Erzeugnissen, vor allem Roggen und Steinkohle, in schärfstem Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt.

Das bedeutet im einzelnen: für die Landwirtschaft den Verlust eines erheblichen Teiles der nahegelegenen Absatzgebiete, eine Verlängerung des Weges zu den neuen Märkten oder den neuen Verschiffungshäfen. Für Ostpreußen allein hat man die Vorbelastung mit Frachtkosten, die sich aus dem Verluste von Westpreußen und Posen zwangsläufig ergibt, auf 19 Millionen RM im Jahr berechnet. Der Lokalhandel und das Lokalgewerbe hat durch die willkürliche Grenzziehung vielfach eine Zerreißung seines natürlichen Einzugs- und Absatzgebietes erfahren. Königsberg, einst ein wichtiger Ausfuhrplatz für russische Erzeugnisse und ein Umschlagsplatz von Bedeutung für den Warenverkehr nach Rußland, ist heute durch das Dazwischenschieben von Litauen und Polen von diesen russischen Beziehungen abgeschnitten, Polen aber leitet

das Holz seines Waldgebietes um Wilna, das in russischer Zeit die Grundlage einer gut entwickelten Holzindustrie in Ostpreußen gebildet hatte, durch frachttarifarische Vergünstigungen um Ostpreußen herum den Häfen von Danzig und Gdingen zu. An die gleichen Häfen hat Stettin den Erzverkehr nach, den Kohlenverkehr von dem jetzt polnisch gewordenen Teile von Oberschlesien verloren. Hier in Oberschlesien hat die Grenzziehung am tiefsten in den hochentwickelten Organismus der Wirtschaft eingegriffen; der noch bei Deutschland verbliebene Teil seiner Industrie sah sich zu einem völligen organisatorischen und technischen Neubau gezwungen. Mit Ostoberschlesien hat auch die niederschlesische Industrie ein wichtiges Absatzgebiet verloren. Sie sieht sich jetzt zu einer Umstellung ihres Absatzes auf den westlichen Markt gezwungen, stößt aber auf mittel- und westdeutschem Boden auf die Konkurrenz der dort beheimateten Werke, denen sie organisatorisch und vor allem frachtmäßig nicht gewachsen ist.

Die Folgen dieser Tatsachen zeigen sich in den Städten und Industriegegenden des Ostens allenthalben in einer starken Schrumpfung des Handelsvolumens, in einem beträchtlichen Rückgang der gewerblichen Tätigkeit. Am deutlichsten und erschütterndsten tritt das naturgemäß in den eigentlichen Grenzgebieten zutage, hier sind viele gewerbliche Betriebe ganz verschwunden, andere werkeln mit stark eingeschränktem Arbeiterbestand kümmerlich genug weiter. Das wirkt sich wieder stark in der steuerlichen Leistungsfähigkeit dieser Gemeinden aus. In einem Augenblick, in dem die veränderten Verhältnisse gesteigerte Anforderungen an die Tätigkeit der öffentlichen Körperschaften stellen, sind sie gezwungen, mit sinkenden Einnahmen zu rechnen. Gewiß ist ein Teil dieser Erscheinungen auch auf das Konto der allgemeinen wirtschaftlichen Depression unserer Tage zu setzen, aber der hippokratische Zug, den heute manche Gemeinwesen des Ostens aufweisen, ist doch eine Folge der zusätzlichen, spezifischen Nöte dieser Provinzen.

Verstärkend kommt für diese Not der Städte hinzu, daß der wichtigste Produktionszweig des deutschen Ostens, seine Landwirtschaft, von der allgemeinen deutschen Agrarnot mit

ganz besonderer Wucht getroffen worden ist. Zwar der Preissturz auf dem Weizenmarkte, den die Verschiebung des Weizenbaues in die Halbtrockengebiete der Vereinigten Staaten, Kanadas, Argentiniens und Australiens herbeigeführt hat, trifft den weniger Weizen bauenden Osten nur mittelbar auf dem Umwege der Beeinflussung der Preise sämtlicher Körnerfrüchte. Aber dafür hat hier bei dem überwiegenden Anbau von Roggen der Rückgang des Roggenkonsums in Deutschland und den nordischen Ländern, die forcierte Konkurrenz der unter billigeren Bedingungen arbeitenden polnischen Landwirtschaft eine ganz besondere Bedeutung. Nicht anders steht es mit dem Anbau der Kartoffel, der zweiten Hauptfrucht des Ostens. Auch hier beginnt sich der Markt in Gefolge einer großen Veränderung in den Konsumgewohnheiten des neuzeitlichen Menschen zu versagen, der von Brot und Kartoffelkonsum weg dem stärkeren Verbrauch von Fleisch, Milch, Eiern, Gemüse und Obst zustrebt. Rechnet man dazu noch die Vorbelastung mit erhöhten Frachtkosten, die, wie wir gesehen haben, durch die neue Grenzziehung für viele östliche Landstriche eingetreten ist, so wie die dem Osten stets eigentümliche Anspannung am Leihkapitalmarkt, so ergeben sich Gründe genug, die erklären, warum das trübe Bild, das die deutsche Landwirtschaft zur Zeit im ganzen bietet, im Osten besonders dunkle Töne aufweist.

Allerdings sind die Auswirkungen dieser Lage nicht bei allen Betriebsgrößen die gleichen. Alle neueren Untersuchungen zeigen, daß die Großbetriebe im ganzen genommen weniger widerstandsfähig sind als die bäuerlichen Familienbetriebe. In ihrem Produktionsprogramm tritt der Roggen und Kartoffelanbau viel einseitiger hervor als in den Bauernwirtschaften, in denen die tierische Erzeugung eine vergleichsweise starke Rolle spielt. Sie leiden stärker unter der Schwierigkeit der Beschaffung fremder Arbeitskräfte, zumal das Deutschland der Nachkriegszeit sich aus nationalen wie sozialen Gründen gezwungen gesehen hat, die Zahl der ausländischen Wanderarbeiter stark einzuschränken. Die Großbetriebe haben nach der Stabilisierung zuerst die Möglichkeit gehabt, größere Kredite zu erlangen und sind manchmal dazu verführt worden, an eine Intensivierung ihrer Betriebe heranzutreten, ohne die

entscheidende Frage der Rentabilität solcher Investitionen immer sorgfältig genug geprüft zu haben. Dieser Gefahr ist der Bauer im allgemeinen entgangen. Sein Betrieb ist auf der Mitwirkung der Familienmitglieder aufgebaut, sein Wille und seine Fähigkeit, ungünstige Betriebsergebnisse durch Einschränkung der Lebenshaltung, durch ganzen oder teilweisen Verzicht auf die Entlohnung seiner Arbeit auszugleichen, ist immer größer gewesen als beim Großbesitz. Zudem haben, gemessen am Umfang der in der bäuerlichen Wirtschaft produzierten und umgesetzten Werte, solche Einsparungen im Konsum eine ganz andere, durchschlagende Wirkung als das beim Großbetriebe der Fall sein kann. Für die Gegenwart erweist sich jedenfalls die eigenartige Besitz- und Betriebsverteilung des deutschen Ostens als ein weiteres zusätzliches Moment, das die Agrarnot dieser Gegenden steigert.

Es hat längere Zeit gedauert, bis die führenden Kreise der deutschen Landwirtschaft die Diagnose der Krise richtig gestellt und darnach ihre therapeutischen Vorschläge eingerichtet haben.¹⁾ Das agrarpolitische Denken dieser Kreise stand zu stark unter dem Banne der Erinnerung an die Agrarkrise der 80er und 90er Jahre des 19. Jahrhunderts und forderte demgemäß, daß auch den krisenhaften Zuständen der Gegenwart mit dem in der Vergangenheit angewendeten und bewährten Mittel, d. h. dem Schutzzoll begegnet werde. Das war zum überwiegenden Teile eine grobe Verkennung der heutigen Problematik. Zwar gegenüber der Baisse auf dem Weizenmarkte, die von einer starken Ausdehnung der überseeischen Produktion ihren Ausgang genommen hat, kann der Schutzzoll mit Erfolg in Anwendung gebracht werden. Das gleiche gilt noch für die Abwehr einer Dumping-Konkurrenz des polnischen Roggens auf dem deutschen Markt. Aber dem eigentlichen Roggenproblem, das auf einer Überfüllung des deutschen Marktes mit deutschem Roggen und einer verminderten Aufnahmefähigkeit der Auslandsmärkte für diese Körnerfrucht besteht, läßt sich mit den Mitteln des Schutzzolles überhaupt nicht beikommen. Hier kann zunächst, d. h. zur Abwehr der drängendsten Not, nur die Manipulierung des Preises durch eine Kette zusammenhängender Maßnahmen helfen. Diese Manipulierung, wie sie ja in Angriff genommen

worden ist, belastet aber die deutschen Reichsfinanzen mit einem erheblichen Risiko und belastet zudem durch die mit ihr in Verbindung stehende Verteuerung sämtlicher Futtermittel die deutsche Viehzucht in erheblichem Umfange. So hat sich denn endlich in den führenden Kreisen der Landwirtschaft und in dem von ihnen zur Zeit maßgeblich beeinflussten Reichsernährungsministerium die Erkenntnis durchgesetzt, daß das Roggenproblem auch von der Produktionsseite her angepackt werden müsse, d. h., daß eine Einschränkung des Roggenbaues zugunsten anderer Verwendungsarten des Bodens eine Notwendigkeit sei. Es bleibt abzuwarten, wie weit und wie rasch die deutsche Landwirtschaft, für die dieser etwas plötzliche Frontwechsel einen Verzicht auf liebgewordene Gedanken und Gewohnheiten fordert, der neuen Parole folgen wird. Der Mehrheit der Landwirtschaft liegt eben der Schutzzollgedanke immer noch am nächsten, zumal er ihr durch eine jahrzehntelange Agitation eingehämmert worden ist.

Noch weit mehr versagt aber der Schutzzoll als Dauermaßnahme gegenüber jenem Notstand der deutschen Landwirtschaft, der sich aus der ungenügenden Beobachtung des Marktes und der mangelnden Einstellung auf seine veränderten Bedürfnisse ergeben hat. Die deutsche Landwirtschaft, so hat man wohl gesagt, produziert heute zu einem erheblichen Teile zugunsten der ausländischen Konkurrenz am deutschen Markt vorbei.²⁾ Verführt durch eine Periode wachsender Prosperität in dem Jahrzehnt vor dem Kriege, ist sie einmal zu wenig auf die Senkung ihrer Produktionskosten bedacht gewesen und hat weiterhin den schon damals auftretenden Anzeichen einer Veränderung in den Konsumgewohnheiten der breiten Massen und in der Organisation der Nachfrage zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Als sich nach dem Kriege die Veränderungen nach den beiden Richtungen hin in einem sehr viel schärferen Tempo fortsetzten, sah sie sich völlig überrascht der Konkurrenz des Auslandes gegenüber, das durch die Eigenart seines Absatzgebietes bestimmt, schon frühzeitig gezwungen gewesen war, der einheitlichen Produktion von Qualitätserzeugnissen und der Zusammenfassung des Absatzes unter schärfster Beobachtung der Marktgewohnheiten größte Aufmerksamkeit zu widmen. So genügt in wichtigen

Erzeugnissen die deutsche Produktion nicht für die Deckung des deutschen Marktes und immer sieht sie sich infolge der großen Sortenzahl, der vielfach mangelnden Qualität ihrer Produkte und der nicht genügend auf die Wünsche des Marktes eingestellten Absatzform einer ausländischen Konkurrenz gegenüber, von der sie an die Wand gedrückt wird. Dagegen hilft auf die Dauer kein Schutzzoll, die höhere Qualität überspringt in der Regel jede Zollmauer. Eine Behebung eines so begründeten Notstandes kann auf die Dauer nur von der Seite der Produktion und des Absatzes her in Angriff genommen werden. Beides erfordert neben staatlicher Unterstützung für eine beschränkte Übergangszeit den stärksten Appell an die Selbsthilfe der Landwirtschaft.

Denn weder gestatten die finanziellen Kräfte des Reiches und der Länder, die staatliche Hilfe unbeschränkte Zeit zu gewähren, noch könnte eine Besserung der Lage der Landwirtschaft nur oder unter vorzugsweiser Anwendung des Zollschatzes der weltwirtschaftlichen Situation Deutschlands gerecht werden.³⁾ Schon vor dem Kriege war Deutschland zur Ernährung und Beschäftigung seiner starken Bevölkerung zur Ausfuhr von Fertigfabrikaten gezwungen. Dieser Zwang hat durch die Verpflichtung zur Tragung der Reparationslasten eine weitere Verstärkung erfahren. Ein solcher Export ist aber nur dann möglich, wenn das Niveau der deutschen Lebenshaltungskosten nicht wesentlich über dem der konkurrierenden Länder liegt und wenn der deutschen Handelspolitik der Abschluß von langfristigen Handelsverträgen, die jenen Export sichern sollen, nicht durch eine übersteigerte Agrarschutzzollpolitik erschwert, wenn nicht gar verwehrt wird. Denn ein großer Teil der Länder, die unsere Fertigwaren aufnehmen sollen, ist zugleich an dem Absatz seiner Agrarerzeugnisse auf dem deutschen Markt auf das stärkste interessiert. Hier die Wege zu finden, die bei aller Anerkennung der großen Bedeutung der Landwirtschaft für den deutschen Volks- und Wirtschaftskörper auch die anderen Produktionszweige zu ihrem Recht kommen lassen und die bisherigen Richtlinien der deutschen Handelspolitik aufrecht erhalten, ist die große und schwere Aufgabe, die unserer Wirtschaft in den nächsten Jahren gestellt ist.

Für die deutsche Landwirtschaft bedeutet die Notwendigkeit der Umstellung ihrer Produktion und der Absatzorganisation in erster Linie ein Erziehungsproblem intellektueller und moralischer Art. Sie muß vor allem aus ihrer bisherigen, einseitig produktionstechnischen Einstellung heraus zu stärkerem kaufmännischen Denken erzogen werden, muß in viel höherem Maße als bisher erkennen lernen, daß, soweit ihr Betrieb mit dem Markt in Verbindung steht, im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft der Gegenwart die Erfolge jedes Produktionssystemes und jeder technischen Verbesserung nur an der Rentabilität des Betriebes und nicht an seiner quantitativen Ergiebigkeit gemessen werden können. Die moralische Erziehung der Landwirtschaft ist vor allem eine Aufgabe unseres Genossenschaftswesens. Es hat vor dem Kriege im Aufbau einer Kreditorganisation hervorragendes geleistet. Die Fragen der Absatzgestaltung auf genossenschaftlicher Grundlage sind dagegen zurückgetreten. So ist der Geist jener spezifischen Solidarität, wie ihn gerade diese Aufgabe fordert, noch wenig entwickelt worden. Es wird strenger und harter Arbeit bedürfen, bis der Vorsprung, den die Landwirtschaft der wichtigsten Konkurrenzländer in diesem Punkte seit langem erzielt hat, eingeholt worden ist.

Im deutschen Osten stehen der Durchführung dieses aufbauenden Teiles des deutschen Agrarprogrammes besondere Schwierigkeiten geographischer und sozialer Art entgegen. Die alteingesessene Bauernschaft ist hier vielfach besonders schwerbeweglich und am Alten hangend, dazu weniger durchorganisiert wie ihr westlicher Nachbar, die Umstellung des überwiegenden Roggen- und Kartoffelbaues auf Veredelungswirtschaft in manchen Gegenden durch Bodenbeschaffenheit und Klima in enge Grenzen gebannt. Das gilt vor allem wieder für die Großbetriebe, während der bäuerliche Betrieb selbst im Osten innerhalb seiner ureigensten Domäne, der Veredelungswirtschaft, besseres zu leisten vermag als jener. So tritt das Problem der Siedelung in neuer Beleuchtung vor uns hin. Haben wir sie zunächst fordern müssen zur engeren Verbindung des Menschen mit der Scholle und zur Abwendung der aus der Gestaltung der Bevölkerungsverhältnisse im Osten drohenden nationalen Gefahren, so erweist sich jetzt ihre

Notwendigkeit auch aus dem produktionspolitischen Gesichtswinkel heraus.⁴⁾ Nochmals sei betont, daß an eine völlige Beseitigung der Großbetriebe aus den schon erwähnten Gründen nicht gedacht werden kann und soll. Aber an eine Vermehrung der bäuerlichen Schichten mindestens in dem vom Reichs-siedelungsgesetz vorgesehenen Umfange ist heute eine deutsche Lebensfrage. Die bäuerlichen Siedelungen, sowohl die vor wie nach dem Kriege ausgelegten, haben sich auch in der gegenwärtigen Agrarkrise, wie alle Berichte bezeugen, besonders widerstandsfähig erwiesen. Sie haben vor allem aber auch bereits begonnen, erzieherisch auf die Alteingesessenen zu wirken. Wer heute sich entschließt, abseits von seinem bisherigen Wohnsitz und oft unter ganz ungewohnten Verhältnissen sich in harter Arbeit eine neue Existenz zu gründen, der bringt etwas von dem Kolonistengeist mit, der den bäuerlichen Siedlern früherer Jahrhunderte eigen gewesen ist.

Es wird für den deutschen Osten von entscheidender Bedeutung sein, ob die Osthilfegesetze, die zur Zeit dem Hauptausschuß des Reichstages vorliegen, in ihrer Gestaltung, mehr noch aber in ihrer Durchführung der Erkenntnis Rechnung tragen, daß eine dauernde Behebung der Agrarnot des Ostens nur bei einer erheblichen Umschichtung seiner Betriebsverteilung erhofft werden kann. Die Vergangenheit und das bisherige Verhalten der maßgebenden Stellen läßt leider gewisse Zweifel daran nicht ganz unberechtigt erscheinen. Zwar gehört eine Verbeugung vor dem Gedanken der bäuerlichen Siedelung heute zu dem eisernen Bestande jedes deutschen Agrarprogrammes, aber immer wieder wird der Siedelungsgedanke, das heißt das Bekenntnis zu einer teilweisen Umschichtung, von der Sorge um die Erhaltung des Bestehenden überwuchert. Den Prüfstein wird bilden, ob man die finanzielle Stützungsaktion, die der ostdeutschen Landwirtschaft zuteil werden soll, nur auf die noch erhaltungswürdigen Betriebe beschränkt und die Energie aufbringt, jenen nicht unerheblichen Teil von Großbetrieben fallen zu lassen, der überschuldet ist. Gewiß mag das Verschwinden manchen Großgutes, dessen Besitzer mit oder ohne eigenes Verschulden sich der gegenwärtigen Lage nicht gewachsen gezeigt hat, menschlich zu bedauern sein, aber solche menschliche Rück-

sichten müssen zurücktreten in einer Stunde, in der nur die Beseitigung erkrankter Teile den ganzen Wirtschaftskörper zu erhalten vermag.

Bei der Bedeutung, die der Landwirtschaft im Rahmen der ostdeutschen Wirtschaft zukommt, ist es begreiflich, daß sich das Ostprogramm der Reichsregierung vor allem mit ihr beschäftigt und von ihrem Wiedererstarken auch die Belebung des inneren Marktes für Gewerbe und Handel erhofft. Daneben soll eine Summe von RM 130 Millionen zur Schaffung von Eisenbahnen und Landstraßen zur Verfügung gestellt werden, die ermöglicht, das zerrissene Verkehrsnetz so gut als es die Grenzziehung nun einmal gestattet, wieder zu knüpfen und vor allem die eigentlichen Grenzbezirke unter sich und mit ihrem Hinterland in engere Verbindung zu bringen.

Natürlich verteilen sich diese mobil zu machenden Summen auf mehrere Jahre, aber auch bei dieser Verteilung bildet die finanzielle Seite des Ostprogramms eine schwere Belastung der schon zum Zerreißen angespannten Reichsfinanzen und bedeutet ein neues zusätzliches Opfer für die anderen Teile des Reiches. Wenn, soweit man sehen kann, bisher fast alle Parteien mit einer seltenen Einmütigkeit dem Grundgedanken einer solchen Osthilfe zugestimmt haben, so spricht sich darin die wachsende Erkenntnis von der nationalen Bedeutung des Ostens für das ganze Reich und Volk aus. Aber diese Aufwendungen, in schwerster Stunde gemacht, werden nur dann vor der Geschichte gerechtfertigt werden können, wenn frei von Sentimentalitäten und der Ideologie einer vergangenen Zeit das getan wird, was Gegenwart und Zukunft erfordern und wenn vor allem die ostdeutsche Landwirtschaft die tätige Mitwirkung aller ihrer Schichten dem zugesellt, was das deutsche Volk für sie zu tun bereit ist.

Freilich, nichts wäre verkehrter, als sich der Hoffnung hinzugeben, durch eine einmalige, finanziell beschränkte Hilfeleistung die Ostmark unserem deutschen Volke gerettet zu haben. Der Osten wird auf lange Zeit hinaus noch ein Sorgenkind Deutschlands bleiben und pfleglichster Behandlung bedürfen. Das sind Aufgaben, die über die Kräfte und das Lebensalter der heute in verantwortungsvoller Wirksamkeit stehenden Generation hinausgehen.

Und damit wende ich mich zu Ihnen, liebe Kommilitonen, als an die Träger der Generation, die einmal neben uns und dann nach uns über die deutsche Ostgrenze zu wachen hat. Nicht in dem Sinne, als wenn nun gerade Sie, überwiegend mitteldeutschen Landschaften entstammend, einmal berufen sein sollten, im Grenzkampf zu stehen. Diese schwere Aufgabe, die eine unendliche Fülle von Kleinarbeit und zähester Hingabe erfordert, wird nur wenigen von Ihnen beschieden sein. Von den anderen aber, die das Geschick an die deutsche Ostfront gestellt hat, wird diese Grenzarbeit nur geleistet werden können, wenn sie das ganze deutsche Volk hinter sich wissen, ebenso wie die Deutschen an Rhein und Ruhr die Festigkeit zum Widerstande, die wir ihnen heute danken, nur zu bewahren vermochten, weil sie sich auf den Rückhalt des ganzen Volkes stützen konnten. Diesen Rückhalt haben die Ostdeutschen bisher nicht immer verspüren können, zu sehr hat die Sorge um den Rhein die um Oder und Weichsel überwuchert. Im Gefühlsleben des deutschen Volkes nimmt eben der Rhein mit seinem historischen und landschaftlichen Zauber einen viel breiteren Platz ein als die Ebenen des Ostens mit ihrer stolzen, aber sehr viel jüngeren und vor allem nüchterneren Geschichte. Viel zu wenig ist die Erkenntnis Gemeingut geworden, daß das deutsche Reich ebenso an der Oder und Weichsel wie am Rhein verteidigt werden muß, ja, daß auf längere Zeiträume gesehen, die Gefahr vom Osten die größere ist. Um zu dem Ausgangspunkte unserer Betrachtungen zurückzulenken: wenn es uns nicht gelingt, die politischen Grenzen des deutschen Reiches im Osten mit einem lebendigen Volkstum zu füllen, das mit dem Boden, auf dem es sitzt, eng verbunden bleibt, so werden wir auf die Dauer auch die politische Herrschaft in jenen Gegenden nicht behaupten können. Das bedeutet nach den hochfliegenden Plänen der Polen, daß einmal die Oder und die Görlitzer Neiße die Grenze Deutschlands bilden würden.

Was die Aufgabe, die da an Sie herantritt, von Ihnen fordert, ist das: Nichts unversucht lassen, was Ihnen den deutschen Osten, an dessen Grenze Sie ja leben, innerlich näher bringen könnte und mit wachem Ohr darauf zu lauschen, was aus ihm zu uns herübertönt. Mit heißem Herzen aber

mit kühlem Verstand die Sorge um den Osten zu der eigenen machen. Mit kühlem Verstand, das hat bei einem Problem, das zu überwiegender Teile ein wirtschaftliches ist, einen besonders tiefen Sinn. Für kein Gebiet menschlicher Lebensbetätigung gilt so wie für das der Wirtschaft das Wort: Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen. Geduldig ist das Papier, dem man mit der Feder oder Druckerschwärze ein wirtschaftliches Programm anvertraut, noch geduldiger ist die Luft, in die man seine Forderungen hinausruft. Aber zu formen ist das wirtschaftliche Leben nur für den, der es in allen seinen feinen Verästelungen kennt und der die Kräfte, die in ihm tätig sind, zu seinen Zwecken zu lenken versteht. Suchen Sie sich das heiße Herz, das der Jugend eigen ist, auch in dem höheren Alter zu bewahren und suchen Sie dazu den kühl beobachtenden Verstand zu gewinnen, der nur in ernster Arbeit erworben werden kann. Erst die Vereinigung von beiden schafft die Männer, die wir für unsere Gegenwart und Zukunft brauchen.

Anmerkungen.

Der Zweck des Vortrages verbot ebenso ein Eingehen auf Einzelheiten, wie seine Publikation an dieser Stelle mir Einzelnachweise zu verbieten scheint. Im folgenden sei deshalb nur eine Auswahl aus der benützten Literatur gegeben, die vor allem die neuesten Publikationen berücksichtigen will. Wo sich der Verfasser älterer Literatur verpflichtet fühlt, wird der Sachkenner leicht feststellen.

Zur Besiedelung des deutschen Ostens und seiner älteren Agrargeschichte:

Hermann Aubin, Wirtschaftsgeschichtliche Bemerkungen zur ostdeutschen Kolonisation. In „Aus Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“, Gedächtnisschrift für Georg von Below. Stuttgart 1928.

Moritz Jaffé, Wie kam die deutsche Ausbreitung nach Osten zum Stillstand? Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 59. Bd. 1928.

Gustav Aubin, Die historische Entwicklung der deutschen Agrarverfassung und ihre Beziehungen zum Nationalitätenproblem der Gegenwart. In „Der ostdeutsche Volksboden“, herausgegeben von W. Volz. Erweiterte Ausgabe. Breslau 1926.

Zum Bevölkerungsproblem:

H. Hannsen und K. C. von Loesch, Die deutsche Bevölkerungsfrage im europäischen Raum. (Beihefte zur Zeitschrift für Geopolitik, Heft 5.) Berlin 1929.

Zur Landflucht und Siedelung:

v. Batocki und G. Schack, Bevölkerung und Wirtschaft in Ostpreußen, Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsentwicklung und Erwerbsgelegenheit. Jena 1929.

Kurt Maxion, Die bisherigen Wirkungen des Reichsiedelungsgesetzes (Staat und Landwirtschaft, Agrarpolitische Beiträge, herausgegeben von Prof. B. Moll, Heft 1). Berlin 1930.

Zur Agrarreform in den östlichen Nachbarstaaten:

Die agrarischen Umwälzungen im außerrussischen Osteuropa. Ein Sammelwerk, herausgegeben und eingeleitet von Prof. Max Sering. (Untersuchungen des deutschen Forschungsinstitutes für Agrar- und Siedlungswesen, Abteilung Berlin.) Berlin und Leipzig 1930.

Zur Wirkung des Versailler Vertrages auf die ostdeutsche Wirtschaft:

v. Batocki und Schack a. a. O.

W. Volz und H. Schwalm, Die deutsche Ostgrenze (Stiftung für deutsche Volks- und Kulturboden-Forschung). Leipzig 1929. Als Manuskript gedruckt.

Hermann Freymark, Schlesiens Wirtschaft, eine deutsche Lebensfrage. (Schriften der Industrie- und Handelskammer Breslau, Heft 10.) 1927.

Enquete-Ausschuß: Die Einwirkungen der Gebietsabtretungen auf die deutsche Wirtschaft, Band I. 1930. (Ostdeutschland, bearbeitet von A. Hesse.)

Von dem gleichen Autor: Die Wirkungen des Friedens von Versailles auf die Wirtschaft des deutschen Ostens. Jena 1930.

Enquete-Ausschuß: Die Lage der Landwirtschaft in Ostpreußen. 1929.

Zur deutschen Agrarkrise und ihrer Bekämpfung:

M. Sering, Agrarkrise und Agrarzölle. Berlin 1925.

C. von Dietze, Die gegenwärtige Agrarkrise (Wirtschaftsprobleme der Gegenwart, 7). Berlin 1930.

C. von Dietze, Die Lage der deutschen Landwirtschaft. (Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge. 75. Bd.) 1929.

Weltwirtschaft, XVIII. Jahrgang. Januar-Heft 1930. Mit Beiträgen von Dietrich, Steiger, Sering.

Zur Bewährung der Siedelung:

Enquete-Ausschuß: Das ländliche Siedlungswesen nach dem Kriege, Berlin 1930, und zahlreiche Artikel des Archivs für innere Kolonisation, das auch für die anderen Abschnitte stets heranzuziehen ist.

1) Noch das sogenannte Viermännerprogramm der Reichsbauernfront, gezeichnet Brandes, Schiele, Hermes, Fehr (Reichslandbund, 9. Jahrgang, Nr. 12, vom 23. März 1929) läßt über einer Häufung sich oft genug widersprechender Einzelforderungen, namentlich zollpolitischer Art, jeden konstruktiven Aufbaudedanken vermissen. Vgl. das gleichgerichtete Urteil von C. von Dietze in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, Bd. 75, S. 677.

2) Otto Klepper in Magazin der Wirtschaft VI, 1930, S. 223.

3) Es ist vor allem das Verdienst des Reichsverbandes der deutschen Industrie, nicht nur auf diese Zusammenhänge aufmerksam gemacht, sondern auch ein detailliertes agrarpolitisches Aufbauprogramm aufgestellt zu haben (Beiträge zu einem Agrarprogramm, Veröffentlichungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Nr. 52, Mai 1930. Selbstverlag des Reichsverbandes).

4) Diese Bedeutung der bäuerlichen Siedelung hat das erwähnte Agrarprogramm des Reichsverbandes nicht erkannt und gewürdigt. Seine Ausführungen über die Siedelung sind sehr verbesserungsbedürftig.